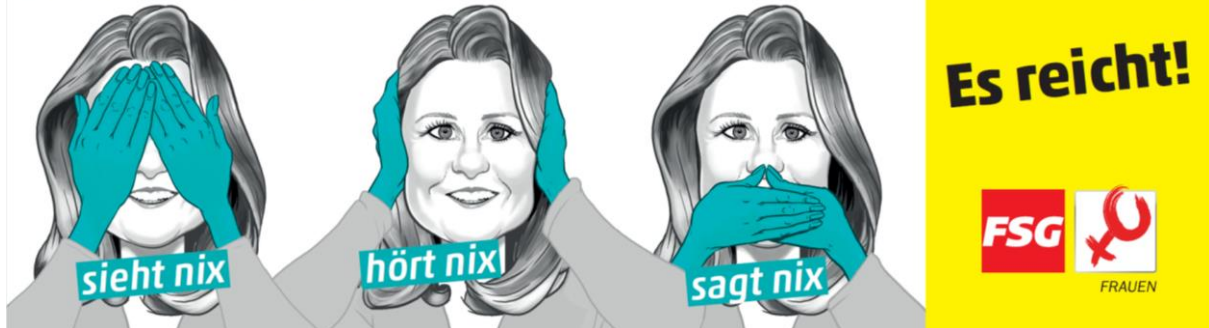


Türkise Frauenministerin



Initiativantrag an die 19. FSG-Bundesfrauenkonferenz

Antragsteller:in: FSG-Bundesfrauenpräsidium

Titel: Es reicht! Die Zukunft muss feministisch, sozial, gerecht sein!

Die 19. FSG-Bundesfrauenkonferenz möge beschließen:

Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes, finanziell unabhängiges Leben für alle Frauen.

Wir setzen uns dafür ein, alte Geschlechterrollen endlich hinter uns zu lassen.

Wir fordern echte Wahlfreiheit im Berufs- und Privatleben.

Wir fordern die Regierung auf, sich aktiv für eine feministische Frauenpolitik stark zu machen. Wir brauchen eine Frauenministerin, die diese Rolle wahrnimmt. Mit einer „Sieht nix, hört nix, sagt nix“-Politik, wie Frauenministerin Raab derzeit agiert, muss endlich Schluss sein. Es reicht!

Die FSG-Frauen fordern daher:

Eine Feministische Zukunft!

- Das Private ist politisch – Frauenpolitik macht nicht vor der Haustüre halt. Deshalb ist es wichtig, dass sich die FSG-Frauen auch weiterhin zu frauenpolitischen Themen in der Arbeit und im Privatleben einbringen und für Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen kämpfen.
- Der Internationale Frauentag, der Equal Pay Day und der Equal Pension Day, sind keine Feiertage, sondern Kampftage, die immer noch bestehende Ungerechtigkeiten aufzeigen. Feministische Frauenpolitik muss aber 365 Tage im Jahr gelebt werden.
- Politische und feministische Bildung müssen Teil der Grundbildung sein. Die Freiheit der Lebensentwürfe und die finanzielle Unabhängigkeit müssen dabei in den Mittelpunkt gerückt werden.
- Gewalt an Frauen muss endlich gestoppt werden. Wir fordern die rasche Ratifizierung und Umsetzung des ILO-Übereinkommens 190 zur Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt. Es braucht auch ausreichend Mittel zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (= Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt).

- Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper ist unabdingbar und darf auch nicht an finanziellen Hürden scheitern. Dazu gehören der kostenfreie Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten und ein gratis Zugang zu Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln in öffentlichen Gebäuden.

Eine soziale Zukunft!

- Ein gut ausgebauter Sozialstaat für alle. Er soll den Lebensstandard bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit sichern und Armut verhindern. Das müssen wir uns leisten!
- Gebührenfreier Zugang zu Bildung für alle Kinder, unabhängig von Herkunft und Hintergrund
- Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag für jedes Kind
- Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen
- Gesamtschule für alle 6- bis 15-Jährigen
- Kinderarmut bekämpfen, etwa durch armutsfeste Kinderrichtsätze im Sozialhilfegesetz
- Kollektivvertraglicher Mindestlohn von 2.000 Euro
- Recht auf leistbares Wohnen

Eine gerechte Zukunft!

- Gender Budgeting verbindlich machen und mit Sanktionen verknüpfen.
- Eine Equal Pay-Kommission zur raschen Beseitigung des Einkommensunterschieds. Der Kampf für Gleichberechtigung, allen voran das Schließen der Einkommensschere, muss zur nationalen Anstrengung werden
- Eine Millionärssteuer auf private Nettovermögen über einer Million Euro
- Die Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuern auf große Vermögensübertragungen, sowie eine Reform der Besteuerung von Stiftungen

Diese Forderungen formulieren wir im Selbstverständnis, dass diese zukunftsorientierte, feministische Frauen- und Gleichstellungspolitik ein Anliegen der gesamten FSG ist. Der Kampf für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist kein „Frauenthema“, sondern ein gesellschaftspolitische Haltung.